



WORKSHOP

**Forschung zur europäischen Integration und zum EU-Recht
an der Universität Wien:**

Europarecht, ELI und EIF im Gespräch

Montag, 15. April 2013 um 17:00 Uhr im
Dachgeschoss des Juridicums, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien

Eröffnung und Moderation: **Christiane Wendehorst** (ELI)

Grußworte: **Susanne Weigelin-Schwiedrzik**, Vizerektorin der Universität Wien

Podiumstatements:

Gerda Falkner

Institut für europäische Integrationsforschung (EIF), Universität Wien

Alina-Maria Lengauer

Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung,
Abteilung Europarecht, Universität Wien

Verica Trstenjak

Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung,
Abteilung Europarecht, Universität Wien

Christiane Wendehorst

European Law Institute (ELI)
Institut für Zivilrecht, Universität Wien

Im Anschluss laden wir zu einem kleinen Empfang.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung an eif@univie.ac.at oder
+43 1 4277 22401

Natürlich sind auch Kurzsentschlossene herzlich willkommen!

Kurzpräsentation der Institute (in alphabetischer Reihenfolge):

Die **Abteilung für Europarecht** des **Instituts für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung** wurde im Jahre 1991 gegründet und widmet sich schwerpunktmäßig der Forschung und Lehre im Fach Europarecht. Das „klassische“ Fach Europarecht befasst sich mit den rechtlichen Aspekten der europäischen Einigung; Aufgabe des Europarechts ist es demnach, das Recht der Europäischen Union sowie seine Wirkung und Wechselwirkung in und mit den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten der Union zu analysieren. Manche Angehörige der Abteilung für Europarecht legen zusätzlich individuelle Forschungsschwerpunkte auf verwandte Gebiete des Europarechts, wie etwa Europäisches Zivilrecht, Europäisches Umweltrecht oder Europäisches Kulturrecht. Zahlreiche Publikationen und Projekte wurden bereits abgeschlossen. Soeben kommt eine neue Professorin ins Team, die sich im Rahmen dieser Veranstaltung auch mit ihren Plänen vorstellen wird: Verica Trstenjak war bis 2012 Generalanwältin am EuGH, davor u.a. Professorin für Rechtstheorie, Privat- und Europarecht. Neben ihrer Tätigkeit in Wien ist sie auch auswärtiges Mitglied am neuen Max-Planck-Institut in Luxemburg.

Das **European Law Institute** (ELI) ist eine europaweit agierende, unabhängige Non-Profit Organisation mit Sitz an der Universität Wien. Es wurde im Juni 2011 gegründet und setzt sich – dem Vorbild des American Law Institute folgend – für eine hohe Qualität des Rechts in Europa ein. Das Institut beteiligt sich aktiv an Debatten um die Fortentwicklung des europäischen Rechts und leistet Unterstützung bei der Erarbeitung, Verbesserung und Umsetzung europäischer Rechtsetzungssakte. Zu den derzeit bereits ca. 650 und bald bis zu 3.000 Mitgliedern aus ganz Europa gehören Vertreter der Rechtswissenschaft ebenso wie der Anwaltschaft, der Richterschaft, des Notariats und weiterer Rechtsberufe. Sowohl unmittelbar durch die Generalversammlung des ELI als auch vertreten durch die bis zu 60 Delegierten im ELI Council entscheiden sie über das Ob und Wie aller Veröffentlichungen des Instituts. Zusätzlich steht es jedem Mitglied des ELI frei, sich in sogenannte Members Consultative Committees (MCC) zu artikulieren und damit potenziell unmittelbaren Einfluss auf die Ergebnisse eines Projekts zu nehmen.

Das **Institut für europäische Integrationsforschung** (EIF) verfolgt als inter-fakultäre Forschungs- und Lehrplattform das Ziel, die europabezogene Forschung aus einer interdisziplinären Perspektive heraus zu fördern. Politische, rechtliche, ökonomische, soziale und historische Analysedimensionen spielen dabei eine tragende Rolle. Spezieller Forschungsansatz des EIF ist der Vergleich verschiedener Politikfelder der Europäischen Union, wobei auch die direkten und indirekten Europäisierungseffekte auf nationaler und globaler Ebene analysiert werden. Einige Institutsmitglieder befassen sich im Besonderen auch mit EU-rechtlichen Aspekten, z.B. Problemen bei der Umsetzung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten, Bußgeldverfahren gegen Mitgliedstaaten vor dem EuGH, EU-Wettbewerbsrecht in Theorie und Praxis.